Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. – Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 299 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. — | Halver Freitag, den 23. Dezember | Erscheint werktäglich mit 4 Grattsbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. — — Postscheckkonto: Dortmund 2941. — — | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.
und die Beilage **„Zeitgeschehen im Wochenbild“**

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Über die Landwirtschaft am Jahresende sprach Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Frhr. v. Braun.

* Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, legte die Grundzüge für das Sofortprogramm der Reichsregierung dar.

* Das Schloß in Weißenfels, die sogenannte Augustusburg, wurde durch ein Großfeuer zum großen Teil zerstört. Der Schloßturm brannte völlig nieder.

Ein Weihnachtsgeschenk.

Immer wieder sind Anläufe gemacht worden, um die sozialethische — nicht etwa bloß wirtschaftliche — Hauptaufgabe unserer Zeit anzupacken: die Arbeitsbeschaffung. Alle von der Krise und Arbeitslosigkeit gepackten Staaten und Völker versuchten und versuchen es, unter Einsatz aller nur verfügbaren Kräfte die Arbeitslosen „von der Straße wegzubringen“. Man weiß, daß es sich dabei sehr oft nicht um Arbeit handeln wird, die sich nicht unmittelbar, sondern erst mittelbar rentiert, — aber zum mindesten das letztere muß sie tun, denn Arbeit ohne einen wirtschaftlichen Zweck ist keine Arbeit, sondern „Beschäftigung“, die auch keinen sozialethischen Wert besitzt.

Grad und Stärke der wirtschaftlichen Erzeugung ist abhängig von der Absatzfrage. Diese freilich kommt nicht für jene wirtschaftlichen Arbeiten in Betracht, die überall als Gegenstand der Arbeitsbeschaffung ins Auge gefaßt wurden und werden. Aber in zahllosen Fällen dienen sie der Erhaltung, Vereinfachung oder gar Verbilligung z. B. der industriellen Erzeugung. Eine nicht mehr benutzbare Brücke, ein lange nicht mehr ausgebesserter Weg, schlecht oder gar nicht mehr reparierte Häuser und noch vieles Derartige bedeutet letzten Endes immer Unkosten für den noch wirtschaftenden Teil des Volkes. Das alles wiederherzustellen heißt ebenso Unkosten ersparen wie andererseits einen neuen notwendigen Weg, eine neue, Umwege ersparende Brücke zu bauen. Daß hierin der wirtschaftlich vernünftige Bedarf geradezu ins Ungeheuerliche angewachsen ist, beweisen allein schon z. B. zahlreiche Bauten, die trotz dringender Notwendigkeit aus Mangel an Mitteln stillgelegt werden mußten und damit wirtschaftlich zwecklos wurden. Werden sie fertiggestellt und können sie dann ihrem Zweck dienen, dann dürfte auch ihre „Rentabilität“ gesichert sein. Und damit ist auch die Voraussetzung dafür gegeben, daß der zur Fertigstellung gewährte Kredit „wirtschaftlich“, also rentabel angelegt wird. Ebenso ist es mit der Ausbesserung von Straßen, Brücken und Häusern; denn überall liegt hierfür ein wirtschaftlich geradezu schreiender Bedarf vor. Das weiß jeder und jede in deutschen Landen.

Diesen Bedarf im einzelnen festzustellen und ihn durch Arbeit zu befriedigen, ist natürlich auch die Absicht des Arbeitsbeschaffungsprogramms der neuen Reichsregierung, die aber dabei an bereits bestehende, leider jedoch erst zu einem recht geringen Teil in Ausführung begriffene Vorhaben anknüpft. Ein bestimmter Abschnitt dieser früheren Programme ist allerdings überraschend schnell aus- und durchgeführt worden: die Verwendung eines 50-Millionen-Kredits für Hausreparaturen. Da hierbei nur ein Fünftel der benötigten Summe als Kredit vom Reich zur Verfügung gestellt wurde, ergibt sich, daß für solche Reparaturen schon 250 Millionen verwendet werden. Im neuen Programm sind für diesen Zweck und unter der gleichen Bedingung wiederum 50 Millionen Kredit vorgesehen, und das würde zusammengefaßt bedeuten, daß 500 Millionen Mark in Hausreparaaturen gesteckt werden. Das würde eine sehr merkbare „Ankurbelung“ allein schon des schwer darniederliegenden Baugewerbes herbeiführen, aber auch auf zahlreiche andere Gewerbe und Wirtschaftszweige zurückwirken, die mit der äußeren oder inneren Ausstattung des Hauses irgendwie zu tun haben.

Dieses Beispiel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ist aber deswegen ausgewählt, weil gleich auch noch daran erinnert werden soll, was der Reichskanzler von Schleicher in seiner Rundfunkrede, also seiner Regierungserklärung, zusagte: „Die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer ist der Ausführung in eigener Regie vorzuziehen“. Ähnlich hat sich auch der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung in seiner programmatischen Erklärung geäußert und dabei noch besonders hervorgehoben, daß die Durchführung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms keineswegs als etwas gegen die Privatwirtschaft Gerichtetes angesehen werden dürfe. Man möchte wünschen, daß diese Ausschaltung der „Regiebetriebe“, also der Unternehmungen der öffentlichen Hand, grundsätzlich erfolgt; denn darzustellen, was diese Betriebe wirtschaftlich gesündigt haben, würde ganze Bände füllen. Die Steuerzahler müssen hinterher die Buße dafür entrichten. Und wenn wiederholt von „oben“ her erklärt wird, daß bei der Arbeitsbeschaffung unbedingt jede Kapitalsfehlleitung und jede falsche Kreditinvestierung vermieden werden müßte, so möchte man zwar hoffen, daß dies geschieht; aber man kann noch nicht ganz ohne jeden Zweifel daran auch überzeugt sein; denn die öffentliche Hand ist finanziell eine sehr unglückliche Hand.

Gewiß muß durch sie die Vergebung der Arbeiten unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Billigkeit erfolgen und beim heutigen Tiefstand der Beschäftigung in der Privatwirtschaft wird ein wahres Wettrennen der Unternehmer um die Hereinnahme von Aufträgen entstehen müssen. Es wird an „Submissionsblüten“ nicht fehlen, aber das „Arbeit um jeden Preis“ hat eine Grenze an dem anderen Wort, daß jede Arbeit auch ihres Lohnes wert sein muß. Denn sonst ist sie wirtschaftlich zwecklos, beschafft für den Augenblick vielleicht Arbeit, aber führt dann zu noch tieferem Fall.

Einem ersten Teil der jetzigen Arbeitsbeschaffungspläne ist die drastische Bezeichnung „Sofortprogramm“ gegeben worden. Dieser Name ist aber — nicht neu! Und das beste Weihnachtsgeschenk — auch wenn es erst nachträglich kommt — für das deutsche Volk und die Millionenscharen seiner Arbeitslosen wäre, wenn anders wie früher diesmal aus dem Worte eine — Wirklichkeit wird.

Die Landwirtschaft an der Jahreswende

Die Landwirtschaft an der Jahreswende.

Rundfunkansprache
des Reichsernährungsministers.

Der Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun gab im Rundfunk einen Rückblick über die Agrarpolitik des vergangenen Jahres, und stellte gleichzeitig die Ziele klar, die im kommenden Jahre erarbeitet werden müssen. Freiherr v. Braun betonte in seiner Ansprache u. a.:

Die Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft konnte im Jahre 1932 nicht erreicht werden. Gerade in den typisch bäuerlichen Gebieten des Westens, Südwestens und Nordens, deren Schicksal auf das engste mit dem Gedeihen der Vieh- und Milchwirtschaft verbunden ist, hat sich die Lage ausgesprochen verschlechtert. Die Verkaufserlöse der Vieh- und Milchwirtschaft waren im letzten Jahre um mehr als zwei Milliarden Mark niedriger als im Wirtschaftsjahr 1928/29. Diese Zahlen im Zusammenhang mit der wachsenden Verschuldung, der Zunahme der Zwangsversteigerungen, einer nennenswerten Verminderung der Düngemittelbezüge sprechen eine beredte Sprache.

Nach einem Rückblick auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 1932 betonte der Reichsernährungsminister zu den Aufgaben einer gesunden Handelspolitik übergehend: Wir werden — wie ich hoffe — durch die in letzter Zeit erfolgte Kündigung mehrerer Handelsverträge mit anderen Ländern die

Lösung unerträglicher Zollbindungen

der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreichen und durch autonome Zollgestaltung und andere geeignete handelspolitische Maßnahmen den Preisdruck der vom Weltmarkt nach Deutschland zu niedrigsten Preisen hereinströmenden landwirtschaftlichen Produkte auffangen. Die Möglichkeit hierzu schaffen vor allem die Kündigung des schwedischen und jugoslawischen und der Ablauf des holländischen Handelsvertrages.

Wir wollen weiter dafür eintreten, daß der Deutsche nach Möglichkeit inländische Produkte verbraucht und sie den ausländischen vorzieht.

Freiherr v. Braun befaßte sich dann eingehend mit den mannigfaltigen Ratschlägen zur Sicherung einer Wiedergenesung der Landwirtschaft. Im einzelnen betonte er dazu u. a.:

Zweifellos könne auf dem Gebiete der binnenwirtschaftlichen Organisation z. B. bei

dem Viehabsatz

noch manches erreicht werden. Die Viehverwertungsgenossenschaften hätten zwar in den letzten Jahren stark an Boden gewonnen, von einer Beherrschung des Marktes könne jedoch bisher wohl nicht die Rede sein. Es sei auch nicht möglich, das österreichische Viehverkehrsgesetz ohne weiteres auf die deutsche Viehwirtschaft zu übertragen. Theoretisch erscheine es außerordentlich einleuchtend, die Viehpreise durch eine staatliche Regulierung des Auftriebs auf den Viehmärkten zu beeinflussen. Man dürfe nicht vergessen, daß dieses System der Auftriebsbewilligungen in Österreich lediglich deshalb funktioniere, weil für den österreichischen Viehabsatz im wesentlichen nur ein einziger Markt, nämlich Wien, in Frage komme. Außerdem stammten die Anlieferungen für den Wiener Viehmarkt zum größten Teil nicht aus dem Inlande. In Deutschland handelt es sich aber nicht um einen Markt, sondern

um 20 bis 30 Viehmärkte,

deren Auftrieb reguliert werden müßte. Das bedeutet eine außerordentliche Häufung der praktischen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Auftriebsregelung.

Das neueste Rezept, das in der Agrarpolitik Eingang gefunden habe, sei das der Kartellierung. Man will das, was sich in der industriellen Produktion bewährt hat, auch auf die Landwirtschaft übertragen. Praktisch dürfte jedoch eine

Kartellierung der landwirtschaftlichen Produktion

schon an der Fülle der Betriebe scheitern. Man könne für örtlich begrenzte Gebiete oder auch bei dem einen oder anderen Produkt — wie z. B. im Milchgesetz vorgesehen — Kartelle schaffen, aber es sei unmöglich, dies für die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung — das sind fünf Millionen bäuerliche Betriebe — durchzuführen. Es sei zwar möglich gewesen, eine gewisse Planwirtschaft beim Zuckerrübenbau durchzuführen. Aber schon hier seien die Schwierigkeiten außerordentlich groß.

Es gebe deshalb meist, wie beispielsweise beim Getreidebau, keine andere Möglichkeit der Beeinflussung des Produktionsumfanges als über den Preis.

Der Preis sei das natürliche Steuerungsmittel für eine Produktion. Er werde im nächsten Jahre, wenn die Landwirtschaft sich nicht von sich aus bei der Frühjahrsbestellung große Zurückhaltung im Getreidebau auferlegt, auf weitere Sicht gesehen, die Produktionseinschränkung beim Getreide erzwingen.

Als weiteres wird der Landwirtschaft Unkostensenkung empfohlen. Leider sind

die Möglichkeiten der Unkostensenkung

für den einzelnen außerordentlich begrenzt; denn Steuern, Soziallasten, die Preise für industrielle Bedarfsartikel, Zinsen, Löhne, das alles sind Faktoren, die von dem einzelnen Landwirt nicht beeinflußt werden können. Und doch muß ein Ausgleich zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und den Preisen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse geschaffen werden. Die Verpflichtung, an diesem Punkte mit aller Kraft zu arbeiten, besteht nicht nur für den Staat, sondern auch für die Wirtschaft selbst. Richtig ist es, daß

die Kaufkraft des Städters

beim Absatz der landwirtschaftlichen Produkte heute eine sehr wichtige Rolle spielt. Kein Bauer darf außer acht lassen, daß in den Städten fünf bis sechs Millionen Arbeitslose monatlich einen Unterstützungssatz von weniger als 50 Reichsmark beziehen. Auch die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der noch in Arbeit befindlichen städtischen Bevölkerung haben sich so verschlechtert, daß sie zwangsläufig eine Einschränkung der für Lebensmittelbeschaffung zur Verfügung stehenden Mittel zur Folge hatten.

Die Aktion der Reichsregierung zur Winterhilfe mit einem Gesamtaufwand von 37 bis 38 Millionen Mark stellt hier einen Schritt dar. Sie eröffnet für Fleisch, Brot, Milch usw. durch die Verbilligung mit Reichsmitteln Absatzmöglichkeiten, die ohne die Verbilligung durch Reichszuschüsse einfach nicht vorhanden wären.

Bei voller Berücksichtigung der durch die geschwächte Kaufkraft gegebenen Verhältnisse darf man aber nicht vergessen, daß die Kaufkraft eben doch nur einer der preisbildenden Faktoren ist, der gleichberechtigt neben den anderen Faktoren wie Einfuhr und Inlandsproduktion steht.

Als Endergebnis meiner Betrachtungen möchte ich feststellen, daß es kein irgendwie geartetes alleingültiges Rezept für die gegenwärtig zu treibende Agrarpolitik gibt. Keine Schlagwortpolitik kann uns helfen.

Eine organische Agrarpolitik ohne Schlagworte ist der Weg, der gegangen werden muß. Es gilt nicht, wirtschaftliche Theorien durchzusetzen und zu verwirklichen, sondern es gilt, „das wirtschaftlich Vernünftige zu tun“.

Mancherlei Hoffnungen hat die deutsche Landwirtschaft — wie jeder deutsche Mensch — in den letzten Jahren begraben. Aber was auch immer versank, mit Willen und Glauben kann der Mensch auch des härtesten Schicksals Meister werden. Und so sollten alle, die deutsches Korn bauen und deutsches Brot brechen, einander nicht als Gegner, sondern als Weggenossen betrachten, die zusammengehalten werden durch gemeinsames Blut und durch deutschen Boden.

Kurze politische Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den aus seinem Amte scheidenden Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler. Der Reichspräsident sprach bei dieser Gelegenheit Dr. Goerdeler seinen Dank für die im Amte des Reichskommissars für Preisüberwachung dem Reiche geleisteten Dienste aus.

*

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser, der sich einige Wochen in Italien aufgehalten hat, ist jetzt wieder nach Bayern zurückgekehrt. Eine Unterredung zwischen Strasser und Adolf Hitler, die zu einer Lösung des Konflikts zwischen Strasser und Hitler führen soll, ist für die nächsten Tage in Aussicht genommen und wird in der Nähe von München stattfinden.

*

Im Rundfunk spricht am Freitag, den 23. Dezember, von 19.30 bis 20.00 Uhr der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, über „Die vordringlichsten Aufgaben der Arbeitsbeschaffung“. Der Vortrag wird von allen deutschen Sendern übernommen.

*

Beim schwedischen Kultusministerium sind von einem Sachverständigenausschuß Abänderungsvorschläge im Lehrplan eingebracht worden, die für Deutschland besonderes Interesse haben. Im Sprachunterricht soll danach in den höchsten Klassen des Gymnasiums englisch als Pflichtfach eingeführt werden, während früher die deutsche Sprache obligatorisch war oder Wahlfreiheit bestand.

*

Das persische Parlament hat die Kündigung der Ölkonzession gegenüber der Anglo Persian Oil Company genehmigt. Die Presse bezeichnet diesen Beschluß als einen Vertrauensbeweis des ganzen persischen Volkes gegenüber der Regierung. Die Welt ersehe daraus, daß die Entscheidung der persischen Regierung unwiderruflich sei.

Die Durchführung der Amnestie.

Devisenschieber werden nicht begnadigt.

Das preußische Justizministerium teilt mit, daß die Strafvollzugsämter sich mit den Fürsorgeämtern und den privaten Fürsorgeorganisationen in Verbindung setzen



Begnadigte verlassen das Gefängnis.

werden, um zu verhindern, daß die auf Grund der Amnestie entlassenen Gefangenen nunmehr mittellos dastehen.

In der Öffentlichkeit ist die Frage aufgeworfen worden, ob auch die bestraften Devisenschieber unter die Amnestie fielen. Dazu wird von seiten des Reichsjustizministeriums erklärt, das Gesetz bestimme ja seine Vergünstigungen danach, ob die Straftaten aus politischen Beweggründen oder aus wirtschaftlicher Not begangen worden seien. Diese Begriffe seien allerdings sehr weit gefaßt. Es sei aber wohl schwerlich denkbar, daß die Amnestie bei Devisenverbrechen nennenswerte Berücksichtigung finden werde, denn man könne sich nicht vorstellen, daß Devisenschieber aus wirtschaftlicher Not gehandelt hätten. Höchstens könnten Personen, die bei den Devisenschiebungen eine weniger wichtige Rolle gespielt hätten, von der Amnestie betroffen werden.

In der nationalsozialistischen Presse wird ein Appell an den Reichspräsidenten gerichtet, die fünf in Beuthen verurteilten SA.-Leute zu begnadigen, da dort unbescholtene Deutsche nicht aus Eigennutz, sondern aus Vaterlandsliebe gehandelt hätten.

Die Durchführung der Verordnung zur Erhaltung des inneren Friedens.

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. d. M. dürfen Strafen nicht mehr vollstreckt werden, die wegen einer Tat erkannt sind, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung nicht mehr strafbar ist. Das preußische Justizministerium hat demgemäß die Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, für die sofortige Entlassung der in solchen Sachen in Haft befindlichen Verurteilten und für die Rückgängigmachung etwa angeordneter Strafvollstreckungsmaßnahmen ungesäumt Sorge zu tragen. Fernerhin kann in den Fällen, in denen jemand wegen einer Tat rechtskräftig verurteilt ist, die nach dem Inkrafttreten der Verordnung zwar strafbar bleibt, aber nicht mehr mit einer erhöhten Mindeststrafe oder mit einer geringeren Mindeststrafe als bisher bedroht ist, die Strafe auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Verurteilten gemildert werden. Es soll auch auf die Frage der alsbaldigen Strafunterbrechung Bedacht genommen werden und bei Verurteilten, die die früher erkannte Strafe noch nicht angetreten haben, von Ladungen zum Strafantritt im allgemeinen abgesehen werden.

Vereinbarungen Braun-Warmbold sollen vertraulich bleiben.

Amtlich wird mitgeteilt: „In der Presse sind in den letzten Tagen Kombinationen über den Inhalt der zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister getroffenen Vereinbarungen über landwirtschaftliche Hilfsmaßnahmen verbreitet worden. Wie wir dazu erfahren, stehen amtliche Stellen diesen Mitteilungen fern. Die Abmachungen werden auch weiterhin vertraulich behandelt."

Vereinbarungen Braun-Warmbold sollen vertraulich bleiben.

Amtlich wird mitgeteilt: „In der Presse sind in den letzten Tagen Kombinationen über den Inhalt der zwischen dem Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister getroffenen Vereinbarungen über landwirtschaftliche Hilfsmaßnahmen verbreitet worden. Wie wir dazu erfahren, stehen amtliche Stellen diesen Mitteilungen fern. Die Abmachungen werden auch weiterhin vertraulich behandelt."

Paul-Boncour pocht auf Versailles.

Kammer und Senat traten in Paris zusammen, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen, die in der Kammer vom Ministerpräsidenten Paul-Boncour und im Senat vom Justizminister Gardey verlesen wurde. Für Deutschland war besonders jene Stelle der Regierungserklärung wichtig, die sich mit der Abrüstungskonferenz und der Genfer Gleichberechtigungsformel befaßte. Paul-Boncour stellte dazu folgendes fest: Ein wichtiges Ergebnis sei erzielt worden, die Rückkehr eines großen Staates zur Abrüstungskonferenz, dessen Anwesenheit notwendig sei, um den abzuschließenden Abkommen und Garantien und der Kontrolle, die aus diesem Abkommen folgen müsse, volle Wirksamkeit zu geben.

Die französische Regierung werde darüber wachen, daß man aus der loyalen Anerkennung einer Gleichberechtigung innerhalb der gleichen Pflichten und innerhalb einer positiven Organisation internationaler oder wenigstens europäischer Sicherheit nicht etwa Schlußfolgerungen ziehe, die zu einer Aufrüstung führten, die mit den Zwecken der Abrüstungskonferenz sowie mit den Friedensverträgen unvereinbar wären (!).

Neuerungen in der Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftspolitischen Kabinettsbeschlüsse.

Die Reichsregierung hat sich in ihrer Mittwochsitzung neben der Winterhilfe auch, wie bereits gemeldet, mit einem Teil der Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Handelspolitik beschäftigt, die sich aus der Durchführung der unter Mitwirkung des Reichskanzlers zustande gekommenen Einigung zwischen den Ministern Warmbold und von Braun ergeben. Die Materie gliedert sich in zwei Teile. Einmal handelt es sich um die Maßnahmen, die eine besondere Neuregelung durch Notverordnung erforderlich machen, vor allem

die innerwirtschaftliche Neuordnung der Fettwirtschaft.

Die Unterzeichnung dieser Notverordnung durch den Reichspräsidenten dürfte unmittelbar bevorstehen. Zu ihrem Kernpunkt, der

Beimischung einheimischer Fette zur Margarine,

ist im übrigen inzwischen ein Angebot der Margarineindustrie zur freiwilligen Durchführung der Beimischung bekannt geworden. Daraus dürfte zu schließen sein, daß der verstärkten Bedarfsdeckung aus der einheimischen Fettbasis keine technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Möglichkeit einer Vermeidung von Preissteigerungen infolge der stärkeren Verwendung höherwertiger einheimischer Fette — u. a. ist mit etwa 15 000 Tonnen Butter zu rechnen, die einer Gesamterzeugung von etwa 500 000 Tonnen Margarine gegenüberstehen — ergibt sich auch daraus, daß gegenüber 1931 die Preise für Schmalz und Butter um rund 30 Prozent, für Öle und Ölsaaten um rund 40 Prozent, für den wichtigsten Margarinerohstoff, den Walfischtran, aber um 60 Prozent zurückgegangen sind, während die Margarine nur um 15 Prozent billiger geworden ist.

Für den zweiten Teil der vom Kabinett in Aussicht genommenen Wirtschaftsmaßnahmen ist der Erlaß von Notverordnungen nicht erforderlich, weil die Reichsregierung die notwendigen Ermächtigungen zum Erlaß einfacher Verordnungen besitzt. Die praktische Durchführung der Beschlüsse zur

Neuregelung der Handelsvertragsverhältnisse

mit Frankreich, Holland, Schweden und Südslawien ist einschließlich der Einführung von Zwischenkontingenten und ergänzenden Zöllen Sache des handelspolitischen Ausschusses des Reichskabinetts. Da es sich bei den vom Reichskanzler in seiner Rundfunkrede erwähnten wesentlichen landwirtschaftlichen Bindungen zum Teil noch um längerfristig gebundene Handelsverträge handelt, darf man annehmen, daß im Kabinett zunächst nur die Grundsätze für jede einzelne Materie festgestellt worden sind, um bei der zum Teil längere Vorbereitungszeit erfordernden Durchführung ein völlig reibungsloses Zusammenspiel der beteiligten Ressorts sicherzustellen.

In der Regierungserklärung wird ferner betont, daß man die Politik der vorhergehenden Regierung Herriot bewußt fortzusetzen gedenke. Auf innenpolitischem Gebiet sei eine der wesentlichsten Aufgaben die Wiederherstellung der Staatsautorität. Man müsse sofort einige Hindernisse beseitigen, und zwar zunächst die Finanzen gesunden, den Fehlbetrag ausgleichen und das Gleichgewicht des Haushaltsplanes wiederherstellen. Die Regierung beabsichtige energische Beschränkung der Ausgaben. Die zweitwichtigste Aufgabe sei die allgemeine Regelung der Kriegsschuldenfrage. Augenblicklich sei „eine äußerst vorsichtige Verhandlungsführung" mit Amerika notwendig. Frankreich werde die Verhandlungen mit der festen Absicht führen, eine Gesamtlösung vorzubereiten, „um der Unordnung ein Ende zu bereiten", wie sie die Last der zwischenstaatlichen Schulden für die wirtschaftliche Wiederherstellung darstelle. Paul-Boncour hob dann noch besonders die enge zwischen Frankreich und England bestehende Freundschaft hervor.

150 Stimmen Mehrheit für Paul-Boncour.

Die französische Kammer hat der Regierung Paul-Boncour mit 365 gegen 215 Stimmen bei einigen Enthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Die Mehrheit beträgt somit 150 Stimmen.

Scharfe Angriffe Lloyd Georges

gegen Macdonald.

Das englische Parlament ging am Donnerstag bis zum 7. Januar in die Weihnachtsferien. In der letzten Sitzung des Unterhauses wurden die Arbeitslosenfrage, die Zustände in Indien und die Lage der englischen Kohlenindustrie erörtert.

Lloyd George richtete einen Aufsehen erregenden Angriff gegen Macdonald und die Nationalregierung. Die Tatsache, daß Macdonald wieder einmal zur Erholung nach Loussiemonth gefahren sei, ohne wirklich krank zu sein, während im Unterhaus die schwierige Frage der Arbeitslosigkeit erörtert werde, sei eine Beleidigung des Unterhauses und ein Beweis dafür, daß Macdonald keinen Sinn für die Größe der auf seiner Stellung ruhenden Verantwortung angesichts der größten Krise habe, die England durchmache. Die Behauptung, daß die gegenwärtige Regierung England aus der Not herausgerissen habe, sei unwahr. Die Arbeitslosigkeit sei nicht zurückgegangen, die Docks seien leer. Immer mehr Schiffe würden stillgelegt und der Warenverkehr gehe zurück. Er, Lloyd George, frage sich, wie lange die englische Nation dies noch aushalten könne. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nahm Lloyd George auf eine Erklärung im Oberhaus Bezug, in der er und Sir Robert Horne anläßlich ihrer Enthüllungen über die Kabinettsvorgänge bei den englisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen im Jahre 1922 in verblümter Weise des Wortbruchs bezichtigt und mit zwei Jahren Gefängnis bedroht worden seien. Er würde sich vom Oberhaus nichts darein reden lassen und wenn es darauf ankomme, die ganzen damaligen Kabinettsberichte veröffentlichen. Unter großem Gelächter erklärte Lloyd George, daß auch noch zwei oder drei Mitglieder der jetzigen Regierung ins Gefängnis wandern müßten, wenn man ihn gefangen setzen wollte. Sie würden dann ein sehr fröhliches Weihnachtsfest im Gefängnis verbringen.

Zur Arbeitslosenfrage übergehend, wiederholte Lloyd George seine Forderungen nach weitgehenden Siedlungsplänen für die Arbeitslosen und Errichtung von Gartenstädten. Dadurch könne die Arbeitslosigkeit um rund 25 v. H. herabgemindert werden.

Im Namen der Regierung erwiderte Major Elliot, daß derartige Siedlungspläne von sehr zweifelhaftem Wert seien, da ja zurzeit gerade die Landwirtschaft besonders leide und Tausende von Menschen vom Lande abwanderten.

Börsenstreik in Athen.

Zum Protest gegen das neue Gesetz, durch das der Devisenhandel monopolisiert wird, sind die Börsenbesucher der Börse ferngeblieben. Der Wirtschaftsminister droht mit Sondermaßnahmen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 23. Dezember 1932.

Weihenacht.

Der Heilige Abend und die stille Nacht und der feierliche und trotzdem so gar nicht strenge und steife, sondern eher fröhliche und in seiner Fröhlichkeit sogar ein bißchen überschäumende Weihnachtsmorgen, an dem die greifbaren Ergebnisse des von Seligkeit erfüllten Abends vorher gründlich betrachtet und noch gründlicher durchgesprochen werden — alles, alles ist wieder da, und in der Menschen Herzen ist Freude eingezogen, und man möchte meinen, alle, auch die Großen und Verständigen, seien wieder Kinder geworden, und es gebe keine Sorge mehr auf Erden und habe nie eine gegeben. Ja, so konnte es scheinen, aber es ist eben leider nur Schein, und morgen, spätestens übermorgen, Kinder, ihr großen und ihr kleinen Kinder, morgen wird's was geben, was euch wieder an den grauen Alltag, an all die grauen Alltage dieses Lebens erinnern und euch mit harter Faust zurückstoßen wird in diesen unerbittlichen Alltag.

Aber heute ist heut', und heute ist Weihnacht, und wir sind alle ein klein wenig aus Rand und Band und haben wahrhaftig, so klug und vernünftig wir uns sonst auch vorkommen mögen, beinahe die Fassung verloren und suchen zu vergessen, was uns so lange bedrückte und bedrängte, und denken des armen Nachbars, dem nicht eine so gute Weihnacht geworden ist wie uns selbst, und der selbst an diesem Tage der Fröhlichkeit und der inneren Seligkeit zu kämpfen hat mit seiner Not und um sein Brot. Und dann — nicht wahr? — dann, wenn uns solche Gedanken kommen, nehmen wir uns fest vor, ihm zu helfen und ihn zu unterstützen auch über die kurze Weihenacht hinaus, und es ist nur schade, jammerschade, daß die guten Vorsätze solcher Art so rasch wieder untertauchen und verschwinden, wenn wir selbst wieder aus dem Festrausch heraus sind. Aber heute wenigstens, heute sollten wir es uns keinesfalls nehmen lassen, auch andere glücklich zu machen, wenn wir selbst ein bißchen glücklich sind, und diese anderen brauchen durchaus nicht immer nur zu unserem engeren Familienkreise zu gehören, denn in dieser Weihenacht sind wir schließlich alle eine einzige große Familie, und alle gehören wir zueinander.

Es ist ja die Zeit des seligen Nehmens und des noch seligeren Gebens, die Zeit, da wir an die Wiederkehr des Lichtes nach winterlicher Finsternis, da wir an die Botschaft des Friedens auf Erden glauben, die Zeit, in der wir auf das Wunderbare und das Wunder hofften. Oh, wie weit ab sind wir noch von dem großen, allumfassenden Frieden, der nach Streit und Kampf wieder Ordnung und Ruhe und Gesittung bringt unter die Menschen! Aber heute, am Weihnachtstage, verspüren wir wenigstens einen Hauch dieses Friedens, und es ist einmal so etwas wie reine, ungetrübte Freude, was uns durch das Herz zieht. Am Weihnachtsbaum die Lichter brennen, und der Gabentisch ist gedeckt, und es gibt eigentlich noch kaum etwas, was uns in dieser Stunde fehlen könnte zu unserem Glück. Und wenn dann gar erst die Weihnachtsglocken läuten, überkommt uns eine gar merkwürdige Stimmung, wie wir sie sonst kaum jemals im Jahre zu spüren bekommen: feierlich und froh zugleich sind wir gestimmt, und wir möchten wirklich allen helfen können, die neben uns sind, denn jetzt, jetzt empfinden wir, daß alle Menschen Brüder sind, und allen rufen wir aus übervollem Herzen den Wunsch zu: Frohe Weihnacht! Frohe Weihnacht!

—* **Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung beginnt mit der praktischen Arbeit. Der Landkreistag fordert schnellstes Handeln.** Zwischen dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und dem Präsidenten des Landkreistages, Dr. von Stempel fand am 18. Dez. eine einehende Besprechung der mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängenden Fragen statt. Das Ziel, die unerträgliche finanzielle Belastung der Bezirksfürsorgeverbände durch Senkung der Wohlfahrtserwerbslosenziffer fühlbar zu vermindern, kann nur durch direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung erreicht werden. Man war sich darüber einig, daß schnellstes Handeln unbedingt gebeten sei, wenn dieser Zweck erreicht werden soll. Durch beschleunigte Arbeitsbeschaffung auf dem Wege über Vergebung öffentlicher Aufträge wird nicht nur den Gemeinden und Kreisen Erleichterung gebracht, sondern die dadurch hervorgerufene größere Beschäftigung der Privatindustrie läßt weitere fühlbare Erleichterung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eintreten. Die Finanzierung, der wichtigste Teil des Problems, wurde bis in alle Einzelheiten durchgesprochen.

—* **Eine besondere Weihnachtsfreude für Baulustige.** Als besondere Weihnachtsfreude hatte die Westfälische Landesbausparkasse ihre im Januar fällige Darlehnszuteilung bereits am 22. d. M. vorgenommen. Es wurden 25 Bausparer mit insgesamt RM 128 000.— zugeteilt. Damit hat die Westfälische Landesbausparkasse, die öffentliche Bausparkasse der Westf. Sparkassen in Münster bisher über 35% ihrer Bausparer zugeteilt, also mehr als jeder 3. Bausparer hat bereits eine Zuteilung erhalten. Damit steht die Westfälische Landesbausparkasse in Bezug auf Leistung an der Spitze aller Bausparkassen in Westfalen. Die öffentlichen Bausparkassen haben bisher insgesamt an fast 6000 Sparer über 40 Mill. RM Darlehen zu 4% mit Lebensversicherungsschutz zugeteilt und damit ganz erheblich zur Förderung der Eigenheim-Bewegung und zur Belebung des Baumarktes beigetragen.

Halver

—0 **Die Badeanstalt** in der Evangelischen Volksschule Halver wird am Samstag, dem 24. Dez. d. J. um 4 Uhr nachmittags geschlossen. Die Benutzer werden deshalb gebeten, sich rechtzeitig einzufinden.

Probleme der deutschen Nahrungsmittelversorgung.

Deutschland könnte sich selbst ernähren.

Von der Nahrungsmittelversorgung hängt das Wohl und Wehe jedes Staates ab. Ein Vortrag, den Dr. Kräutle vom Deutschen Landwirtschaftsrat über „Technische und wirtschaftliche Probleme der deutschen Nahrungsmittelversorgung" hielt, fand daher ernste Beachtung. Der Redner stellte seinen Betrachtungen den Leitsatz voran, daß die Landwirtschaft als eine Urproduktion ebenso auf die Rentabilität angewiesen ist wie jeder andere Zweig der Volkswirtschaft, ferner, daß das neuere Deutschland nie ein einseitiger Agrarstaat, nie ein einseitiger Industriestaat gewesen ist und dies auch in Zukunft nicht sein wird. Deutschland wird beides bleiben müssen: Agrarstaat und Industriestaat.

Der Redner ging dann auf die Brotversorgung ein und bedauerte, daß nach dem Kriege der Roggenbrotverzehr stark zurückgegangen sei. Entsprechend der veränderten Geschmacksrichtung habe die deutsche Landwirtschaft sich umstellen müssen. Die Weizenanbaufläche habe sich von 1913 auf 1931 um 27 Prozent vermehrt. Es sei aber nicht möglich, in Deutschland den Weizen so billig zu erzeugen wie in Amerika oder Kanada. Nicht, daß dort die Technik in der Landwirtschaft die niedrigeren Weizenpreise ermögliche; die deutsche Landwirtschaft bediene sich heute ebenfalls der modernsten Maschinen; aber es seien die klimatischen Verhältnisse und der jungfräuliche Boden dieser Länder, die ein weitaus günstigeres Ernteergebnis zur Folge hätten und damit den Weizenpreis bestimmten.

Dr. Kräutle kam dann auf den Bedarf an Kartoffeln zu sprechen. Der Bedarf Deutschlands könne vollständig durch die Erzeugung der Landwirtschaft gedeckt werden. Trotzdem würden noch erhebliche Mengen von Kartoffeln eingeführt. Besondere Bedeutung habe die Herstellung von Kartoffelflocken durch ihre größere Lagerfähigkeit. Der Anbau von Zuckerrüben müsse heute eingeschränkt werden, da nicht genug Absatzmöglichkeit vorhanden sei. Die Besteuerung des Zuckers mit etwa 10 Pf. für das Pfund habe eine starke Verminderung des Zuckerverbrauchs gebracht.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sei fast gänzlich vom Ausland abhängig. Obwohl gerade die Viehzucht in den letzten Jahren für die deutsche Landwirtschaft sehr unrentabel gewesen sei — die Viehpreise seien heute gegenüber 1913 etwa um 30—40 Prozent billiger —, sei hier eine ununterbrochene Aufbauarbeit geleistet worden. Bei Versorgung mit Gemüse und Obst sei die Technik der beste Helfer der Landwirtschaft. Etwa 93 Prozent des Bedarfs an Obst könne die einheimische Landwirtschaft liefern. Die deutsche Geflügelwirtschaft bringe jährlich Erzeugnisse im Werte von über einer Milliarde Mark hervor; auch hier habe die Technik überaus Nützliches geleistet. Es sei erinnert an Maschinen, die in einem Arbeitsgang die Eier durchleuchteten, sortierten und stempelten und damit zu einer Qualitätssteigerung im Kampf gegen die Eiereinfuhr verhalfen. Bei Milch und Molkereierzeugnissen und Fett sei die Rentabilität durch die Einfuhr ungeheuer gefährdet, da der Vorsprung anderer Länder mit günstigeren klimatischen Bedingungen groß sei. Der Redner glaubte zusammenfassend feststellen zu können, daß die Selbstversorgung mit agrarischen Lebensmitteln in Deutschland möglich sei.

Der fahrplanmäßige Zeppelindienst.

Eckener-Vortrag im Verkehrsministerium.

Der Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach hatte zu einem Vortrag von Dr. Eckener in den Festsaal des Ministeriums geladen. Dr. Eckener betonte in seinem Vortrag, daß kritische Zeiten für den Luftschiffbau Zeppelin eingetreten seien, und daß es jetzt darauf ankäme, einen fahrplanmäßigen Verkehr einzurichten. Die Fahrten hätten die Widerstandsfähigkeit des „Graf Zeppelin" bewiesen gegenüber Gewitter, Hagelschlag, Böen und Wirbeln. Die brasilianische und die spanische Regierung hätten sich nunmehr entschlossen, die Anlagen zu schaffen, die für einen regelmäßigen Verkehr nach Südamerika notwendig seien. Die Wirtschaftlichkeit sei gesichert, wenn jährlich nur achtzehn Hin- und Rückfahrten gemacht würden. Für schnelle Fahrten würde gern der erhöhte Preis gezahlt werden. Die Kosten für die Betriebsmittel machten ein Viertel aus, Abschreibungen und Instandsetzung des Schiffes die Hauptsache. Als Einnahmen nannte er 35 000 Mark für Passagiere (1800 Mark je Person), 50 000 Mark für Post und 5000 Mark für Pakete und Fracht, zusammen 90 000 Mark Einnahmen gegen 65 000 bis 70 000 Mark Ausgaben. Bei Indienststellung eines zweiten Schiffes würden die Einnahmen verdoppelt werden, während die Ausgaben nur um 40 Prozent wachsen würden. Zum Schluß betonte der Redner, daß Deutschlands Ansehen in der Welt durch diese Fahrten sehr gefestigt würde.

Landwirtschaft und Nationalwirtschaft.

Verbundenheit von Land und Stadt.

Die innige Verbundenheit der ländlichen und der industriellen Bevölkerung wird vielfach nicht richtig erkannt. Auf sie wies in einem Vortrag über das Thema „Die Bedeutung der Landwirtschaft im Rahmen der deutschen Nationalwirtschaft" der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, hin. In weiten Kreisen der städtischen Bevölkerung, so führte er aus, begegne man häufig einer großen Skepsis, wenn man von der Ernährung des deutschen Volkes durch die eigene Scholle spreche. Der Kohlrübenwinter während der Kriegszeit sei noch deutlich in der Erinnerung. Die Zustände von damals könnten heute keinesfalls wiederkehren. Damals hätten wir noch nicht gelernt gehabt, genügend Stickstoff zu erzeugen. Das habe sich jetzt geändert. Der Bedarf an Kartoffeln, Fleisch, Getreide und anderen ländlichen Erzeugnissen sei durch eigene Produktion gedeckt. Gefahr bestehe nur bei der Erzeugung von Fett. Hier werde der Bedarf zu 60 Prozent aus dem Ausland gedeckt. Der Fettbedarf sei gegenüber der Vorkriegszeit um 300 000 Tonnen gestiegen. Bemerkenswert sei der Margarineverbrauch. Während in Deutschland vor dem Kriege 100 000 Tonnen Margarine verbraucht worden seien, hätten wir jetzt einen Verbrauch von 500 000 Tonnen. In erster Linie müsse also eine Steigerung der Fetterzeugung erfolgen, also der Milchproduktion, die jährlich 23 Milliarden Liter Milch betrage. Das sei aber eine Preisfrage, und es stehe zu befürchten, daß deshalb in Deutschland im nächsten Jahr vielleicht noch erhebliche Mengen mehr Getreide angebaut werden würden und die Fetterzeugung ins Hintertreffen komme. Der Krieg habe die landwirtschaftliche Erzeugung der Welt stark ausgedehnt. Aber die Produktion werde wieder zu einem vernünftigen Ausgleich kommen. Trotzdem werde die deutsche Landwirtschaft zu Weltmarktpreisen produzieren, wenn sie nicht dem Ruin entgegengehen wolle. In Deutschland seien fraglos noch Ausschaltungsmöglichkeiten des Zwischenhandels gegeben. Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten sei aber in der Hauptsache durch die hohen Steuerlasten verteuert. Deutschland könne nicht Freihandel treiben, wenn die ganze Welt Schutzzölle habe.

Zum Schluß kam der Redner auf die Siedlungsmöglichkeiten zu sprechen und erklärte, daß unrentable Siedlung im Osten nicht Stärkung des Deutschtums, sondern Vordringen der Polen bedeute. Wenn die deutsche Landwirtschaft zusammenbräche, würde auch die gesamte deutsche Wirtschaft erledigt sein.

Das Sofortprogramm

Die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, äußerte sich vor Pressevertretern über seine Arbeitsbeschaffungspläne. Da die Verhandlungen über die Gestaltung dieser Pläne noch andauern, mußte Dr. Gereke Einzelheiten noch zurückstellen. Dr. Gereke stellte eingangs fest, daß es nicht in seiner Absicht liege, eine große Behörde zu schaffen. Vielmehr solle mit einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Mitarbeitern gearbeitet werden, um zunächst das öffentliche Arbeitsprogramm mit größter Beschleunigung durchführen zu können. Es handele sich hierbei im wesentlichen um eine Ergänzung der von der Regierung bereits in Angriff genommenen Maßnahmen.

Auf Grund der Verhandlungen mit der Reichsbank lasse sich sagen, daß sich das Sofortprogramm im Rahmen der von Reichsbankpräsident Luther in seiner Münchener Rede enthaltenen Ausführungen über die

Kreditausweitungsmöglichkeiten bis zu 2,7 Milliarden

halten werde. Innerhalb dieses Rahmens werde das Sofortprogramm durchgeführt werden. Für die ersten Maßnahmen komme ein Betrag von rund 500 Millionen Mark in Frage. Über die Beschaffung dieser 500 Millionen Mark soll nach Abschluß der zur Zeit noch laufenden Verhandlungen noch vor Weihnachten Mitteilung gemacht werden. Dr. Gereke erklärte dann weiter, daß er sich von dem

Grundsatz der Dezentralisation

leiten lassen werde. Die Kredite würden unter besonders günstigen Bedingungen auf Antrag gegeben werden. Für die Auszahlung der Kredite kommen in Frage erstens die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und zweitens die Rentenbankkreditanstalt.

Dr. Gereke hofft, daß sich der Instanzenzug so beschleunigen lasse, daß höchstwahrscheinlich schon im Januar die Aufträge an die Unternehmer erteilt werden könnten. Besonderen Wert legt der Reichskommissar darauf, daß schnelle Arbeit geleistet werde, für die in erster Linie die bisher aus finanziellen Rücksichten liegengebliebenen Arbeiten in Frage kämen.

Auf dem Gebiete der Hausreparaturen seien seinerzeit vom Reichsarbeitsministerium bereits 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, was eigentlich das Fünffache bedeute, wenn man bedenke, daß 80 Prozent der Hausreparaturen der Hauseigentümer selbst tragen müsse. Darüber hinaus sollen jetzt insbesondere für die Innenreparaturen weitere 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden

Als ein weiteres Beispiel für die Möglichkeiten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung bezeichnete Dr. Gereke die Brückenbauten. Es müßten sofort alle die Dinge in Angriff genommen werden, die normalerweise längst hätten erledigt sein müssen. Es handele sich hier um sehr große Rückstände, so daß der weitgezogene Rahmen der Kreditausweitung durchaus verständlich sei. Fehlinvestitionen dürften selbstverständlich nicht vorkommen. Aus diesem Grunde würden die Richtlinien für die Gewährung der Gelder besonders scharf sein. Diese Richtlinien würden im Einvernehmen mit dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium zur Zeit noch bearbeitet.

Weiter hob Dr. Gereke hervor, daß die Durchführung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms keineswegs als etwas gegen die Privatwirtschaft Gerichtetes anzusehen sei. Im Gegenteil würden die Aufträge, die auf Grund der Arbeitsbeschaffungspläne vergeben würden, ja auch der Privatwirtschaft zugute kommen. In welcher Weise die Steuergutscheine Verwendung finden würden, lasse sich erst nach Abschluß der zur Zeit noch schwebenden Verhandlungen sagen.

Für die Siedlungsfrage sei ja durch die Notverordnung ein Ausschuß unter Vorsitz des Reichskanzlers eingesetzt worden, der bald zusammentreten würde, um die Ausarbeitung der Richtlinien und die Durchführung der notwendigen Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Auch für die Arbeitsbeschaffung sei durch die Notverordnung ein solcher Ausschuß geschaffen worden. Wieviel Arbeitslose im Rahmen des Sofortprogramms neu eingestellt werden könnten, lasse sich im Augenblick noch nicht sagen. Dies könne aber wahrscheinlich schon Anfang Januar geschehen, wenn sich übersehen lasse, in welchem Umfange die Kredite in Anspruch genommen werden würden.

Die Kredite würden zu besonders günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Es bedürfe dabei eines erheblichen Zuschusses des Reiches zur

Verbilligung der Kredite.

Es hänge hauptsächlich natürlich davon ab, ob die angegriffene Arbeit eine Rente abwerfe oder nicht. Diejenigen Arbeiten, die keine Rente abwürfen, müßten natürlich zu den günstigsten Bedingungen gegeben werden. Die Entscheidung über die Hingabe von Krediten werde voraussichtlich, besonders in kleineren Fällen, vom Reichskommissar unteren Kreditausschüssen übertragen werden. Bei größeren Krediten behalte sich der Reichskommissar ein Einspruchsrecht vor. Die Anträge auf Gewährung von Krediten würden voraussichtlich an die Rentenbankkreditanstalt und an die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zu richten sein.

Was das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn und der Reichspost anbetreffe, so werde der Reichskommissar darauf drücken, daß die noch nicht in Auftrag gegebenen Arbeiten möglichst bald in Angriff genommen würden. Es werde Sorge getragen, so schloß Reichskommissar Dr. Gereke seine Ausführungen, daß für das Sofortprogramm auch die notwendigen Mittel sofort bereitstünden.



Der Antwerpener Scheldetunnel eröffnet.

Unsere Aufnahme berichtet von der Einweihung des jetzt fertiggestellten Tunnels unter der Schelde in Antwerpen durch den König von Belgien und das belgische Kabinett. Der Tunnel ist 2100 Meter lang bei einer Breite der Fahrbahn von 6,75 Meter und erlaubt den gleichzeitigen Verkehr von beiden Ufern.

Der Haus- u. Grundbesitzerverein Halver

teilt uns zu den Durchführungsbestimmungen des Hypothekenmoratoriums der Dringlichkeit halber Folgendes mit:

1. Nach der Notverordnung vom 11. 11. 32 findet das Moratorium bis zum 1. 4. 34 auch auf Forderungen Anwendung, die vor Inkrafttreten der Notverordnung wegen unpünktlicher Zahlung von Zins- und Tilgungsbeträgen vorzeitig fällig geworden waren, oder fällig gemacht werden konnten, wenn bis zum 12. Dezember 1932 rückständige Beträge nachgezahlt werden.

Hier bestand jedoch noch insofern eine große Lücke, als in den Hypothekenverträgen vielfach zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Hypothek auch dann fällig gemacht werden konnte, wenn der Schuldner mit Steuerzahlungen und sonstigen öffentlichen Abgaben, oder privaten Leistungen sich im Rückstande befindet. Ferner konnte häufig die Hypothek fällig gemacht werden, weil irgend eine vor- oder nachgehende Hypothek fällig war, oder wurde. Der Zentralverband deutscher H. u. Gr.-Vereine, Berlin forderte, daß wegen derartiger Rückstände die Hypothek nicht fällig gemacht werden darf, wenn der Schuldner diese Beträge nachzahlt.

Die neue Durchführungsverordnung gibt unserm Antrage statt, indem sie dem Schuldner für die Nachzahlung von rückständigen Beträgen aus privaten, oder öffentlichen Grundstückslasten, (Steuern, Kommunalgebühren, Gas, Wasser, usw.), eine Frist bis zum 10. Januar 1933 gibt. Diese Frist gilt auch für den Fall, daß die vorzeitige Fälligkeit einer Hypothek die Folge davon ist, daß Zins- oder Tilgungsbeträge einer anderen Hypothek unpünktlich gezahlt worden sind.

Zu beachten ist bei dieser Regelung, daß die in der Notverordnung vom 11. 11. 32 für die Nachzahlung rückständiger Zins- und Tilgungsbeträge vorgesehene einmonatige Frist bis zum 12. Dezember 1932 nicht verlängert worden ist, sondern bestehen bleibt. Nur für die bisher von der Notverordnung nicht erfaßten Fälle ist in der Durchführungsverordnung eine einmalige Frist bis zum 10. Januar 33 vorgesehen. Dies muß genau auseinander gehalten werden. **Wer also vor Erlaß der Notverordnung vom 11. 11. 32 mit Zinszahlungen im Rückstande war mußte bis zum 12. Dezember 32 die rückständigen Beträge nachgezahlt haben, wenn er das Moratorium bis zum 1. April 1934 beanspruchen will.** Nur wenn aus anderen, oben genannten Gründen die Hypothek vorzeitig fällig gemacht worden war, oder werden konnte, kann der Schuldner noch in den Genuß des Moratoriums gelangen,

Brüder Bergmann aus der Haft entlassen.

Gegen Kaution.

Die beiden am Donnerstagvormittag inhaftierten Inhaber der Haus Bergmann A.-G. sind am Abend wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Wie dazu ergänzend von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, wurde die Haftentlassung nach Stellung einer sehr hohen Kaution — wie verlautet, eine Million Mark — angeordnet. Ueber die Angelegenheit dürfte im Laufe des Freitagvormittags ein amtlicher Bericht veröffentlicht werden.

Blutige Zusammenstöße

zwischen Polizei und Arbeitslosen in Glasgow.

In Glasgow kam es am Donnerstag zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und der Polizei. Ueber 15 Personen, darunter 10 Schutzleute, wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. — Die Zusammenstöße ereigneten sich nach der Zurückweisung einer Arbeitslosenabordnung, die eine Erhöhung der Unterstützungsgelder verlangte, durch den Glasgower Stadtrat Die Arbeitslosen griffen die Polizisten mit Steinen und anderen Wurfgeschossen an.

Ein 17jähriger Totschläger.

2 Jahre Gefängnis wegen Mordversuchs an der Großmutter.

Vor dem Göttinger Erweiterten Jugendgericht hatte sich der erst 17 Jahre alte Bürolehrling H. G. aus Northeim wegen versuchten Mordes zu verantworten. Der Angeklagte wurde von seiner Großmutter erzogen und machte anfangs gute Fortschritte. Später geriet er unter schlechten Einfluß und hatte häufig Streit mit seiner Großmutter. Als diese ihm einmal Geld verweigerte, warf er sie aufs Bett, würgte sie und gab schließlich mit einem Terzerol einen Schuß auf sie ab, der ihr in die linke Schläfe drang und über dem Gaumen stecken blieb. Glücklicherweise blieb die Verletzung ohne ernste Folgen. In der Verhandlung bezeichnete der Sachverständige die Tat als eine Affekthandlung. Von der Staatsanwalt wurden wegen versuchten Mordes 2 Jahre 4 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht verurteilte G. wegen versuchten Totschlages zu 2 Jahren Gefängnis. Eine Haftentlassung wurde abgelehnt.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 22. Dezember.

Einbruchsversuch oder grober Unfug? — Ein Sanitäter schießt.

Köln. Von einem noch nicht ganz geklärten Vorfall berichtet die Polizei: In der Nähe der Venloer Straße befindet sich eine Verbandstelle des Roten Kreuzes. In den letzten Nächten ist der dort wohnende Sanitäter mehrfach böswillig herausgeklingelt worden. Nach seiner Behauptung sollen auch in der vergangenen Nacht mehrere Personen häufiger denselben Unfug verübt haben. Einer der Burschen soll den Gartenzaun überstiegen haben, worauf der Sanitäter schoß. Der Fremde wurde durch einen Brustschuß verletzt; er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Der Sanitäter will in Notwehr gehandelt haben.

Panik im Zoppoter Spielklub.

Danzig. Als der Spielleiter an einem Roulettetisch im Zoppoter Spielkasino die letzten drei Spiele ansagte, erfolgten unter dem Roulettetisch plötzlich mehrere Explosionen. Natürlich löste der Anschlag unter den anwesenden Spielern und Klubangestellten eine große Panik aus. Eine Untersuchung ergab, daß jemand einen raketenartigen Feuerwerkskörper unter den Spieltisch geworfen und zur Explosion gebracht haben mußte.

Der Görnitzer Kindermörder festgenommen.

Leipzig. Unter dem Verdacht, den Kindesmord von Görnitz begangen zu haben, wurde der aus Wyhra stammende 21jährige Erwerbslose Alfred H. festgenommen. Er gestand schließlich die Tat ein und beschrieb sie in allen fürchterlichen Einzelheiten. Der Mörder hat dem kleinen Kind fünf Pfennig geschenkt, um sich das Vertrauen des Kindes zu erwerben. Dann hat er es erwürgt, die Leiche geschändet und schließlich ins Wasser geworfen.

Neuer schwerer Erdstoß auf Chalkidike.

Athen. Die Halbinsel Chalkidike wurde von einem neuen schweren Erdbeben heimgesucht. Viele bei dem großen Erdbeben im vergangenen September beschädigte Gebäude wurden vollkommen zerstört. Die Einwohner haben sich auf das offene Land geflüchtet, wo sie unter der strengen Kälte und dem Nahrungsmangel außerordentlich leiden.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt Karten!

Elisabeth Jung
Otto Zimmermann
Verlobte

Halver — Lüdenscheid
Schwarzenbach

24. Dezember 1932.

Bekanntmachung.

Nach dem Beschluß des Aufsichtsrats tritt ab Dezember d. J. ein neuer Tarif in Kraft, in dem die Preise für die Stromabgabe an Privathaushaltungen, Gastwirtschaften und Geschäfte festgelegt sind. Die Berechnung nach diesem Tarif erfolgt erstmalig im Januar für den Dezember-Stromverbrauch. Die bisherigen Tarife für Haushaltungen werden ab 1. Dezember d. Js. ungültig. Der neue Tarif wird von den Einkassierern abgegeben; ebenso ist er bei der Verwaltung des Werkes in Gevelsberg, im Ausstellungsraum in Schwelm, sowie bei allen Elektro-Installateuren erhältlich. Auch kann bei diesen Stellen Rat und Auskunft in allen Tariffragen eingeholt werden.

Gevelsberg, den 16. Dezember 1932.

Die Direktion der Aktiengesellschaft für wirtschaftliche Unternehmungen des Ennepe-Ruhr-Kreises

Trauerkleidung
Kleider, Mäntel, Kostüme, Blusen, Röcke usw.
Mustersendung p. Auto sofort bereitwilligst.
D. Lebenberg,
Lüdenscheid Ruf 2719.

Schirme
empfiehlt zu sehr vorteilhaften Preisen
Karl Happe,
Lüdenscheid, Karlsplatz.

Märklin-Baukästen, Laussäge-Vorlagen, Holz- und Zubehör, Werkzeugkästen, Puppenstubenbeleuchtungen, elektr, Küchenherde, Kocher, Tauchsieder, Bügeleisen, Waffeleisen Föne etc.
sehr preiswerte **Schlafzimmerampeln und Nachttischlampen, Küchenzüge und Kronleuchter** empfehlen:
Gebr. Turck, Halver
Telefon 435,



Heute nachmittag 4 Uhr entschlief sanft im festen Glauben an ihren Heiland und Erlöser unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Ww. Friedrich Leopold Kämper
Lina geborene **Turck**

im Alter von 77 Jahren.

Freunden und Bekannten teilen dieses hierdurch mit:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, 22. Dezember 1932.

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 26. 12. nachmittags 2¼ Uhr vom Sterbehause aus.
Trauerfeier ½ Stunde vorher im Sterbehause. — Kranzspenden waren nicht im Sinne der Entschlafenen. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Baum-Kerzen
Paket von 30 ₰ an
Baumschmuck
in großer Auswahl empfiehlt:
Drogerie Menke,
Halver i. W.

Erhalte in den nächsten Tagen einige Waggonladungen
Futterrunkeln, Roggenstroh, Torfstreu, Torfmull.
Bestellungen nehme entgegen.
C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Farbkästen mit Wasserfarben
Malbücher
empfiehlt:
Wilh. Bell jr., Halver

An beiden Weihnachtstagen sowie Neujahr
bleibt mein Geschäft
ganz geschlossen
und bitte an diesen Tagen vom Umtausch nicht passender Geschenke abzusehen.
August Vollmerhaus,
Kierspe-Bahnhof.

Lichtspiele Karlshöhe
Unser Weihnachtsprogramm:
25. Dez., abends 8 Uhr,
26. Dez., nachm. 4 und abds. 7 Uhr
Der Wolkenstürmer
Ein Fliegerfilm der Metro-Goldwyn-Mayer in deutscher Sprache mit
Wallace Beery — Clark Gable
Eine Handlung von packender Wucht — Bilder von einzigartiger Schönheit — nie gesehene Sensationen — ein Film, der jedem nicht nur etwas, sondern allen vieles bringt. — umrahmt von einer reizenden Liebesgeschichte.
Es ist eines der gewaltigsten Filmwerke, das in der Geschichte der Kinematographie gedreht wurde . . . . alles unübertrefflich.
TEMPO.
Dazu ein ausgesuchtes
Beiprogramm.
Nach der letzten Vorstellung am zweiten Weihnachtsfeiertage
T A N Z.
Für Kinobesucher freier Eintritt!

Der
Turn-Verein Kierspe 1879
feiert am 2. Weihnachtstage in der Kuhbier'schen Festhalle sein diesjähriges
Winterfest
bestehend aus turnerischen und theatralischen Darbietungen. Unter anderm gelangt
„Der Trompeter von Säkkingen"
romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen zur Vorführung
Beginn 4 Uhr. **Kassenöffnung 3 Uhr.**
8 Uhr **BALL.**
Eintrittspreise: Konzert 50 Pfg. Ball 50 Pfg.
Mitglieder mit ihren Damen sind frei.
Die Musik wird ausgeführt vom Musik-Verein Kierspe-Bahnhof.
Es ladet freundlichst ein: **Der Vorstand.**

Im Dorfkrug ist 'ne Kellnerin.
Am 2. Weihnachtstage im Cramerschen Saale
Weihnachtsfest.
Musikalische und theatralische Darbietungen.
TANZ und große Verlosung.
Anfang 18 Uhr. Es ladet ein:
Freiwillige Feuerwehr Kierspe-Bahnhof



Erhältlich in der Schreibwarenhandlung
Wilh. Bell jr., Halver

Offenbacher Lederwaren
Damenhandtaschen, Portemonaies, Brieftaschen, Zigarrenetuis, Reisekoffer, Tornister, Aktenmappen usw.
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Ausnahme-Angebot.
Prima Zuckerschnitzel a Ztr. RM. 4,95
Ia. trockenen Futterweizen a Ztr. RM. 9,85
frei Station. Bestellungen sind zu richten an
Alfred Hamel, Oberbrügge-Ehringhausen 42
Telefon 402.
Albert Busse, Hohenhameln-Hannover,
Getreide- und Futter-Großhandlung.



Diana-Luft-Gewehre
Das beliebte Geschenk für Knaben
empfiehlt in allen Arten und Preislagen:
Wilh. Bell jr., Halver.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Heiligen Abend abds 6 Uhr Liturgischer Gottesdienst Pastor Dr. Große-Dresselhaus. (In Oberbrügge Pastor Stommel.) 1. Weihnachtstag vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pastor Stommel (Mitwirkung der Chöre) nachm. 4,30 Uhr Weihnachtsfeier im Kindergottesdienst. 2. Weihnachtstag Vorm. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Dr. Große-Dresselhaus 11 Uhr Taufen. Dienstag abend 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abends 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abd. 8,30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. 2. Weihnachtstag 4 Uhr Weihnachtsfeier. Mittwoch 8,30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Freitag 8,30 Uhr Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag (1. Weihnachtstag) 9,45 Uhr Erbauungsstunde. nachm. 4 Uhr Weihnachtsfeier der Gemeinde. Montag (2. Weihnachtstag) morgens 9,45 Uhr Erbauungsstunde. Dienstag abend 8,30 Uhr Gem. Chor. Mittwoch abend 8,30 Uhr Jungmädchenverein. Donnerstag abend 8,30 Uhr Bibelstunde)Prediger Matschke). Freitag abend 8,30 Uhr Männerchor. Samstag abend 9 Uhr Sylvester feier.

Blaukreuzverein Halver. Donnerstag, den 29. Dez. abds. 8,30 Uhr Bibelbesprechung.

Katholische Gemeinde Halver. 1. Weihnachtstag morgens **5** Uhr Christmette: feierliches Hochamt mit Predigt und sakramentalem Segen. 6,30 und 7 Uhr hl. Messen. **10** Uhr Hochamt mit Predigt und sakr. Segen. 3 Uhr Weihnachtsandacht. 2. Weihnachtstag 8 Uhr Frühmesse, 10,15 Uhr Hochamt, 2,30 Uhr Andacht.

Ev. Gemeinde Brügge. 1. Weihnachtstag. 10 Uhr Fest-Gottesdienst unter Mitwirkung des Kirchenchors, 11,15 Uhr Kindergottesdienst, 4,30 Uhr Weihnachtsfeier des Kindergottesdienst. 2. Weihnachtstag. 10 Uhr Gottesdienst, 2.30 Uhr Gottesdienst in der Schule zu Spielwigge. Mittwoch Bibelstunde fällt aus. Samstag 8 Uhr Sylvester-Gottesdienst (Terzett) mit Feier des hlg. Abendmahls.

Ev. Gemeinde Schalksmühle 1. Weihnachtstag. 10 Uhr Fest-Gottesdienst, 4,30 Uhr Weihnachtsfeier im Kindergottesdienst. 2. Weihnachtstag. 10,30 Uhr Festgottesdienst. P. Geffken. Mittwoch 8,30 Uhr Bibelstunde Donnerstag abend 8,30 Uhr Jugendbund für E. C. Freitag 8 Uhr Männerchor. Sylvester 6 Uhr Gottesdienst zum Jahresschluß mit hlg. Abendmahl. Neujahr 10,30 Gottesdienst.

Ev. Gemeinde Breckerfeld. Heiliger Abend, abends 6 Uhr Gottesdienst. 1. Weihnachten 10 Uhr Festgottesdienst, 2. Weihnachten 10 Uhr Festgottesdienst, 5 Uhr Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes. Samstag (Sylvester) abends 8 Uhr Gottesdienst mit Abendmahlsfeier. Sonntag (Neujahr) 10 Uhr Gottesdienst 11,15 Uhr Kindergottesdienst.

Katholische Gemeinde Breckerfeld. 1. Weihnachten Mitternacht Christmesse mit Predigt, 10 Uhr Hochamt mit Predigt 3 Uhr Vesper und Beichtgelegenheit. 2. Weihnachten 8 Uhr Frühmesse mit Predigt, 10,30 Uhr Hochamt mit Predigt. 2,30 Uhr Andacht mit Beichtgelegenheit. Neujahr 8 Uhr Frühmesse mit Predigt 2,30 Uhr Dankandacht, anschließend Beichtgelegenheit.